Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevalsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 27 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 45. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto: Köln 15563.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (35 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 15 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr 14 — Dienstag, den 18. Januar 1921. — 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldung.

Heute vor 50 Jahren wurde im Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles das Deutsche Reich begründet.

Die Reichsregierung hat gegen die Ausweisung des demokratischen Abgeordneten Gothein aus Oberschlesien Einspruch erhoben.

Wie zuverlässig gemeldet wird, sind an der oberschlesischen Grenze starke polnische Truppenmassen aufmarschiert. Zwischen der polnischen Heeresleitung und dem französischen Oberkommandierenden, General Lerond, sollen genaue Abmachungen für den Fall eines polnischen Einbruches getroffen sein.

Der demokratische Abg. Delius hat sofortige Einberufung des Beamtenausschusses des Reichstages beantragt, um die Frage der Teuerungszulagen zu schleunigem Abschluß zu bringen.

Die Verhandlungen zwischen Regierung und Beamten haben in der letzten Nacht zu einer endgültigen Einigung geführt.

Die deutsche Studentenschaft erläßt einen Aufruf an alle Volksgenossen zu gemeinsamer Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes.

Die Stadt Suhl in Thüringen hat die Steuerzahlungen an den Staat eingestellt, weil die Stadt sonst Gehälter und Löhne nicht mehr bezahlen kann.

Der amerikanische Senat hat sich mit großer Mehrheit für ein stehendes Heer von 150 000 Mann ausgesprochen.

Zwischen Persien und Sowjetrußland ist ein Defensivbündnis gegen England zustande gekommen.

Zum 18. Januar.

„Welch' eine Wendung durch Gottes Fügung", das war der häufige Schlußsatz der Telegramme des greisen Königs Wilhelms des Ersten an seine Gattin, wenn wieder einmal unter deutschen Schlägen im Jahre 1870/71 das französische Heer niedergerungen war. Und dasselbe Wort konnte er im Spiegelsaal zu Versailles am 18. Januar 1871 sprechen, als es Bismarck, des Einzigen, genialer Machtpolitik möglich war, diese Politik mit dem einigen deutschen Kaisertum zu krönen.

Frankreichs Kriegsziel bestand 1870, genau so wie heute, darin, durch die bekannte Mainlinie eine Scheidewand zwischen Nord- und Süddeutschland aufzurichten. Bismarcks unvergleichlicher Staatskunst war es, unter weitgehender Berücksichtigung der besonderen süddeutschen, namentlich der bayerischen Interessen vorbehaltlos alles Trennende zu beseitigen und dem deutschen Einheitsgedanken Geltung zu verschaffen. 43 Jahre lang blieb, dank der schimmernden deutschen Wehr und einer trotzdem folgerichtig durchgeführten deutschen Friedenspolitik, dem deutschen Volke der Frieden erhalten. Diese Friedenszeit bescherte unserm Volke und den meisten unserer Volksgenossen auf allen Gebieten eine nie geahnte Entwicklung und Weltgeltung. Während auf deutscher Seite alles getan wurde, um Deutschland und der Welt den Frieden zu erhalten — es sei nur auf die diesbezüglichen Briefe und Telegramme des Kaisers an den Zaren Nikolaus II. selbst während der letzten russischen Mobilisierung hingewiesen — führte eine weltumspannende, gegendeutsche Politik zu dem entsetzlichen Kriegsgeschehen, dessen wir alle mitleidende Zeugen gewesen sind.

Daß was kein Haß der Feinde während des 4½ Jahre langen Völkerringens an der Front fertig brachte, das führte durch die innere Not und die vielen Entbehrungen zu jenem unseligen 9. November. Das deutsche Kaisertum wurde uns genommen; es folgte jener entsetzliche Tag, an dem im gleichen Spiegelsaal zu Versailles im Namen der deutschen Republik von einem Hermann Müller die verpflichtende Unterschrift unter ein Dokument gesetzt wurde, daß man allgemeinüblich seitdem als den Frieden von Versailles bezeichnet. Das deutsche Volk fühlt sie jeden täglich als Folge dieses „Friedens" die Krallen wahnsinniger, feindlicher Beutegier im Fleische deutschen Volkstums. Ohnmächtiges Land und deutsche Wehr wurden uns genommen, sollen wir uns als Letztes, auch als Volk die deutsche Ehre nehmen lassen? Darauf kann's nur ein ganz klares, deutliches Nein geben.

Der heutige Tag ist nicht dazu angetan, mit lauten, rauschenden Festen begangen zu werden. Allen Gewalten zum Trotz laßt uns gleich jenen Getreuen auf dem Rütli schwören „wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen".

ei.

Aus dem Reiche.

Die Finanzgebarung des Reiches.

Berlin, 17. Jan. Vom 1. bis 10. Januar betrugen die Einnahmen des Reiches 1508 Millionen Mark (seit 1. April 80 556 Millionen Mark). Die Ausgaben betrugen 1054 Millionen Mark (68 250 Millionen Mark). Dazu kommt ein Zuschuß für Post- und Eisenbahnverwaltung von 453 Millionen Mark (12 320 Millionen Mark). Die schwebende Schuld erhöhte sich um 272 Millionen Mark auf 152 999 Millionen Mark.

Dr. Heim über die Einwohnerwehren.

München, 17. Jan. Der Führer der bayrischen Volkspartei, Dr. Heim, begründet im Bayerischen Kurier die Notwendigkeit der bayrischen Einwohnerwehren wie folgt: Deutschland ist ein Land in Not. Für den Wiederaufbau sind nur schwache Kräfte vorhanden. Wer kann uns retten? Das Ausland? Sie? Nein. Das Ausland wird uns nie ohne Gegenleistung helfen. Was uns retten kann, ist nur eigne Kraft. Nur die Wirtschaft rettet uns nicht die Politik. Allererste Voraussetzung für die Wirtschaft und Produktion ist Ordnung. Es ist unbestreitbar, daß unsere Einwohnerwehren in Bayern ausschließlich eine innerbayrische Einrichtung sind, von einer sozialistischen Regierung ins Leben gerufen, um die Unordnung zu bekämpfen und die Ordnung zu schützen.

Die Anwendung des Amnestiegesetzes.

Berlin, 15. Jan. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß die Amnestie nicht einseitig zugunsten der Offiziere und zu ungunsten der Arbeiterschaft angewendet worden ist. Von 336 Personen im Landgerichtsbezirk I, Berlin, die amnestiert wurden, waren 304 Arbeiter. Die 29 amnestierten Personen des Landgerichts 2 waren sämtlich Arbeiter. Von 29 Personen des Landgerichts 3 war die Mehrzahl Arbeiter. Von den Personen, die in Duisburg wegen des Kapp-Putsches und der Ruhrunruhen verurteilt wurden und später amnestiert worden sind, waren 1585 Arbeiter, und der gleiche Prozentsatz gilt für die anderen Gerichtsbezirke, wo ebenfalls zahlreiche Arbeiter amnestiert wurden.

Eine nationale Kundgebung des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.

TU. **Halle**, 17. Jan. Die vom deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund heute vormittag veranstaltete Feier zur Erinnerung an die Reichsgründung gestaltete sich zu einer großen nationalen Kundgebung. Das Versammlungslokal war von über 4000 Personen gefüllt. Chefredakteur Wulle-Berlin sprach über das Thema „Von 50jährigem deutschen Reichs- und Volkstums". Ein starkes Polizeiaufgebot hatte sich um das Versammlungslokal postiert. Die während des vormittags gepflogenen Verhandlungen mit den Behörden über Zurückziehung des Umzugsverbots hatte nur den Erfolg, daß eine Deputation von 20 Mann Kränze am Heldendenkmal niederlegen konnte. Die Deputation begab sich unter Vorantritt der Kranzträger zum Heldendenkmal. Mehrere 100 Mann folgten der Deputation unter Absingung vaterländischer Lieder. Die Polizei versuchte die Personen aufzuhalten, die jedoch bis an das Denkmal gelangten. Eine Gruppe jugendlicher Kommunisten versuchte die Kundgebung durch Absingen revolutionärer Lieder zu stören. Am Denkmal wurden Lorbeerkränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen niedergelegt und ein Hoch auf das Vaterland ausgebracht. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Aus Oberschlesiens Notzeit.

Flaggen heraus!

Aus Oberschlesien erhalten wir folgenden Brief: Jeder Tag wird unruhiger, jede Stunde gespannter, zukender, erregungsvoller. Schorfen Mutes schaut man hinaus nach Ost und West. Sie rasseln beide mit den Säbeln und klingen. Wir denken voll Sehnsucht und innerer Jammer an unsere gebrochenen Klingen und knirschen vor Ingrimm mit den Zähnen. Nutzt nichts, Endkampf, ein Lump, wer jetzt in letzter Stunde nicht die Flagge herausstellt. Kleinmütige suchen Stütze, Rat und Aufmunterung und finden sie. Die Reinwirtschaftlichen und vornehm reservierten werden etwas an Knopfloch genommen. Freund, entweder oder: Die anderen schauen auf dich, du sollst jetzt Führer sein, Flagge heraus. Andere, die müritisch und verdrossen von der letzten Zeit beiseite gingen, reißen jetzt die Augen auf und die Herzen und lassen Worte hören, daß den Konventionalen und Opportunisten das Herz in die gerechten Hosen fällt. Es ist eine Lust mit solchen Männern zu reden. Sie stehen an und werden andringt und gefragt und mit leuchtenden Augen verlassen von solchen, die Aufrichtung nötig hatten. Kopf hoch, Bruder! Sie kommen aber aus dem Reich! Und wenn's Steine regnet. Ein Lump, der rückwärts schielt, nicht mal seitwärts, nur vorwärts! Was machts, wenn du morgen den Brief bekommst: In 24 Stunden hast du Oberschlesien zu verlassen und Weib und Kind und Amt und Brot? Eine Handgranate? Kleinigkeit. Dann springt eben ein anderer ein. Vorgestern haben sie den Vorsitzenden des oberschlesischen Lehrervereins Hartmann in Gleiwitz ausgewiesen, ohne Angabe jedes Grundes. Was hat er getan? Er war deutsch und trat als deutscher Mann für die polnische Schule und deren Lehrer ein, als der polnische Schulstreik beide zu Grunde richten wollte. Und er gab Dan Korfanty eine deutsche Antwort, als dieser mit seinem Rundschreiben an die Beamten jeden anständigen Kerl zu einem Lumpen degradieren wollte. Darum. Abends brachten ihn seine Freunde, Angenossen, ehemaligen Schüler und zahlreiche Bürger zur Bahn. Vor dem Empfangsgebäude wurden heiße Reden gehalten. Das verbotene „Deutschland über alles", „Ich hatt' einen Kameraden" und anderes brauste aus gepreßten Herzen in die Abendluft hinaus. Eine Stimmung zum Umwerfen! Letzte Hiebe auf den Bahnsteig fort, und die Reisenden im D-Zug nach Breslau wurden davon angesteckt, rissen die Fenster auf, schwenkten Tücher und sangen mit. So erzielen uns unsere Feinde. Die Quittung ihrer Bemühungen wird ihnen werden. Früher oder später. Es wird scharfe Rechnung geben. Sie zersprengen unsere Denkmäler und meinen unsere Seelen. Die Narren! Der „Alte Fritz" aus Breslau und der „Alte Kaiser" in Tarnowitz sind gestern von ihren Postamenten gestiegen und aus dem Lande geritten, dessen Schützer sie nicht mehr schützen wollen. Verlaßt auch darauf, sie kommen zurück und werden mit Vorher umkränzt einst wieder auf ihren Postamenten stehen! Flaggen heraus!

Einspruch gegen das Wahlreglement für Oberschlesien.

Die Bezirks- und Ortsgruppenleiter der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier von Rheinland-Westfalen hielten in Dortmund eine Sitzung ab, um zu der Vergewaltigung aller deutschgesinnten Oberschlesier in folgenlegten diktatorischen Wahlreglement für Oberschlesien, das im Widerspruch zum Artikel 88 des Friedensvertrages steht, Stellung zu nehmen. Von sämtlichen anwesenden Bezirks- und Ortsgruppenleitern wurde einstimmig nachstehende Entschließung an den Reichstag und an das Auswärtige Amt in Berlin gesandt:

Die in der „Industriehalle" zu Dortmund versammelten Bezirks- und Ortsgruppenleiter der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier von Rheinland-Westfalen, die nahezu dreißigtausend Abstimmungsberechtigte vertreten, erheben einstimmig nachdrücklichsten Einspruch gegen das in der Presse veröffentlichte Wahlreglement für Oberschlesien.

Wir verlangen von der Regierung, daß sie schleunigst ihren ganzen Einfluß dahingehend geltend macht, daß eine einwandfreie, gerechte Wahlordnung bestimmt wird, die genau wie die für Ost- und Westpreußen den Vorschriften des Artikels 88 des Friedensvertrages entspricht. Durch die heutige Wahlordnung ist keinesfalls absolute Gleichberechtigung aller Abstimmungsberechtigten gewährleistet, im Gegenteil, sie ist herausfordernde Vergewaltigung aller deutschgesinnten Oberschlesier.

Die deutschen Parteien an Lerond.

WTB. **Kattowitz**, 18. Jan. Die deutschen politischen Parteien in Oberschlesien haben der Interalliierten Kommission am 7. d. M. eine Eingabe überreicht, die nunmehr veröffentlicht wird.

Die Eingabe erinnert daran, daß die Kommission bei Uebernahme der Regierungsgewalt am 11. Februar 1920 den Oberschlesiern eine neue Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" angekündigt und versprochen hat, alle Unruhestifter rücksichtslos und gnadenlos zu verfolgen, wer sie auch seien und was für Unheil sie auch stiften mögen. In den fast 12 Monaten seit dieser feierlichen Verkündung der „neuen Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" habe aber die Unsicherheit in Oberschlesien einen bisher nie gekannten Umfang angenommen. Der friedlichen Bevölkerung seien die Waffen genommen worden. Das Banditentum aber lehre sich nicht an Verordnungen, sondern triumphiere über die friedliche Bevölkerung. Die Eingabe verzichtet darauf, die furchtbaren Gewalttaten des polnischen Aufstandsstandes aufzurollen, gegen die die Kommission ihre Machtmittel nicht eingesetzt habe, sie belegt aber, daß allein seit dem 1. September 1920 55 Menschen im Abstimmungsgebiet ermordet worden seien, darunter allein im September 16. Ferner führt sie eine Anzahl besonders krasser Fälle des Raubes an und hebt hervor, daß die Grenze nach Polen, wo die Verbrecher nachweislich zum größten Teil Unterschlupf suchten, offen und unbewacht daliege, und nennt das Zustände, die eine Verhöhnung der staatlichen Autorität darstellen, die in den Händen der Kommission liege. Weiter hebt die Eingabe hervor, daß die Kommission über 15 000 Mann Truppen, über 5500 Mann Abstimmungspolizei und in der Landgendarmerie und Blauen Polizei mindestens über 1000 Mann verfüge. Das sei zusammen mehr als ein Siebtel der Truppen und mehr als ein Viertzehntel der Polizeimacht des ganzen Deutschen Reiches. Deshalb bürde die Eingabe die Verantwortung für die Zustände in Oberschlesien der Interalliierten Kommission auf, der es bei einem Willen wohl möglich sei, den Zuständen ein Ende zu machen, denen die friedlichen Einwohner deutscher und polnischer Zunge schutz- und wehrlos preisgegeben seien. Am Schluß erinnert die Eingabe die Interalliierte Kommission an ihre Pflicht, diesen Zuständen ein Ende zu machen.

Eine Abschrift der von der Katholischen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschnationalen Partei unterschriebenen Eingabe ist auch der Botschafterkonferenz in Paris übermittelt worden.

Das Urteil der oberschlesischen Industriellen.

Berlin, 17. Jan. Die Interalliierte Kommission richtete an die führenden Persönlichkeiten der oberschlesischen Industrie die Rundfrage, ob die Existenz der oberschlesischen Industrie durch einen Uebergang Oberschlesiens an Polen beeinträchtigt würde und welche Maßnahmen erforderlich seien, um die Weiterarbeit der Industrie zu sichern. Sämtliche Antworten auf diese Frage klingen in dem Urteil aus, daß eine Loslösung Oberschlesiens aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet das Todesurteil für die oberschlesische Industrie in allen ihren Teilen und für alle Zeit bedeuten würde.

Die Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Beseitigung der Doppelbesteuerung für 1920.

Berlin, 17. Jan. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner Tagung am 12. Januar mit der Novelle zum Einkommensteuergesetz, die die sogenannte Doppelbesteuerung des Jahres 1920 beseitigen will. Der Unterausschuß für Steuerkontrolle machte als Ergebnis seiner Vorberatungen Vorschläge, die nach einigen Abänderungen in folgender Form als Beschluß angenommen wurden: Der finanzpolitische Ausschuß empfiehlt der Reichsregierung, bei dem Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920 und hinsichtlich der Veranlagung der Steuer an dem Grundsatz des § 90 Absatz 1 des Gesetzes (Veranlagung nach dem Vorjahre) festzuhalten und diesen Grundsatz unter entsprechender Aenderung des § 58 des Gesetzes auch für das Steuerjahr 1920 in Anwendung zu bringen. Hierbei soll mit Rücksicht auf die außerordentlichen wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten bei der Erhebung der Steuer für 1920 und aus sozialen Gründen für Lohn- und Gehaltsempfänger jeder Art die Steuer für das Steuerjahr 1920 mit den erfolgten Abzügen abgegolten sein und die Einziehung der Steuern für das erste Vierteljahr unterbleiben, soweit die Lohn- und Gehaltsempfänger ein Einkommen bis zu 24 000 Mk. (aus 1920) versteuern würden u. den Steuerabzug für die letzten drei Vierteljahre des Steuerjahres ordnungsmäßig nachweisen. Die Steigerung der Ziffer 7 des § 13 soll nur die Beiträge für politische Vereinigungen treffen. Im übrigen soll die Ziffer 7 erhalten bleiben. Der finanzpolitische Ausschuß empfiehlt hierzu der Reichsregierung, das Einkommensteuergesetz so zu fassen, daß Schenkungen, die auf Grund des § 13 Ziffer 7, erfolgen, wohl bis zu 10 Prozent vom Einkommen abgerechnet werden dürfen, daß aber dieser Abzug bei der Staffelung der Steuer (§ 21 des Einkommensteuergesetzes) nicht in Betracht kommt. § 55a ist ganz zu streichen (Strafparagraph). Der Ausschuß behält sich vor, weitere Aenderungen zum Einkommensteuergesetz abgesehen von der Novelle, vorzuschlagen, und der Unterausschuß für Steuerkontrolle wird sich demnach mit solchen Vorschlägen befassen

Ein Aufruf an die Eisenbahner.

WTB. **Berlin**, 16. Jan. Der Sechzehnerausschuß erläßt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden folgenden Aufruf:

Nach langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, wurde das nachstehende Ergebnis erzielt: Die Teuerungszuschüsse werden in folgender Weise erhöht: 1. für die Beamten in Ortsklasse A von 50 auf 70 v. H., in Ortsklasse B von 50 auf 67 v. H., in Ortsklasse C von 50 auf 65 v. H., in Ortsklasse D von 50 auf 60 v. H., in Ortsklasse E von 50 auf 55 v. H.; 2. für die Arbeiter in Ortsklasse A die Stunde um 60 ₰, in Ortsklasse B die Stunde um 50 ₰, in Ortsklasse C die Stunde um 40 ₰, in Ortsklasse D die Stunde um 30 ₰, in Ortsklasse E die Stunde um 20 ₰. Das vorliegende Ergebnis ist zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spitzenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungsweges. Die Vorstände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen haben den Sechzehnerausschuß ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abstimmung seine Bedenken zurückzustellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen. Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen feststeht, wird diese mit einer eingehenden Darstellungen des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechzehnerausschuß zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbandsstellen abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilstreiks und dergleichen hinreißen zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.

Deutscher Eisenbahnerverband. Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Zu der neuen französischen Kabinettsbildung

verzeichnen wir folgende Meldungen:

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 17. Jan. Begreiflicherweise wurden in hiesigen politischen Kreisen die Vorgänge, die mit der französischen Kabinettsneubildung in Paris im Spiel und Gegenspiel der politischen Kräfte sich zeigten, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Es fällt aber auf, daß diese Aufmerksamkeit in der Hauptsache zu Aeußerungen einer politischen Resignation sich verdichtete. Es ist dies eine natürliche Folge der augenpolitischen Unfreiheit, in der wir uns befinden, und die uns das Bewußtsein erzogen hat, daß wir — wir mögen uns stellen, wie wir wollen, wir mögen wünschen, tun oder lassen, was wir wollen, — lediglich Objekt einer Machtpolitik geworden sind, auf die einen Einfluß zu versuchen uns nur schädlich sein kann. Die natürliche Frage war vor allem: Kommt in Paris eine schärfere oder eine verhältnismäßig gemäßigtere Richtung ans Ruder? Es war nun eigenartig, zu bemerken, daß man im Grunde gar nicht soviel dagegen gehabt hätte, wenn etwa die Richtung Poincarés durchgedrungen wäre. Man hat das Empfinden, daß die Fruchtlosigkeit einer derartigen Politik dann desto rascher vom französischen Volk selbst erkannt und vielleicht endlich einmal zu den Akten gelegt worden wäre. Wenn man von einer gemäßigtern Richtung überhaupt sprechen will, so kann es bei den heutigen Verhältnissen sich doch nur darum handeln, daß die bisherige Politik einer mehr zurückhaltenden Gewalt im Ausdruck und in den Formen die ungeladene Atmosphäre angesichts Verständigungswillens ohne entsprechende Taten und Entschlüsse weiter verdrießen hätte. Man ist nun hier im allgemeinen geneigt, Artiste Briand gewiß nicht als einen Deutschland gegenüber irgendwie mit besonderem Verständnis belasteten Politiker zu betrachten, aber immerhin: wenn man Herrn Briand politische Geschicklichkeit, Klugheit und Besonnenheit natürlich nur im französischen Interesse zuerkennen will und damit annehmen möchte, daß er, um endlich die Entschädigungsfrage lösen zu können, uns gegenüber eine gewisse Mäßigung aufbringen möchte, so hat man, wie die Zusammensetzung des Kabinetts bereits andeutet, doch das Empfinden, daß jeder derartige Politiker heute noch ein Gefangener der Kriegspsychose bis zu einem gewissen Grade sein muß. Barthou als Kriegsminister ist wahrlich nicht geneigt, in Deutschland dem Kabinett gegenüber besonders angenehme Empfindungen auszulösen. Um Empfindungen handelt es sich, in letzten Endes auch nicht, aber man hegt die Befürchtung, daß durch einen solchen Mann innerhalb des Kabinetts, der nach außen hin mit kräftigen Schlagworten aufwarten und das Kabinett selbst dadurch zu seiner Politik zwingen kann, jeder zarte Keim der Verständigung zertreten werden könnte. Auch Loucheur hat in der Opposition gegen die vorhergegangene Regierung geradezu unsinnige Forderungen für die Wiedergutmachungsfrage aufgestellt. Es besteht also immer die Gefahr, daß in derartigen nach französischer Anschauung auf Grund von Kompromissen zusammengesetzten Kabinetten die Politiker vernünftiger Mäßigung sich nur allzu rasch verbrauchen könnten und damit die — wie sie sich wohl heißt — starke Richtung mittelbar kräftigen.

Die Gefahr um Ostpreußen.

Wehrlos. — Pole und Bolschewik.

× **Königsberg**, 17. Jan. Mitgliedern des Reichskabinetts und des Reichsministeriums des Aeußern ist heute eine Erklärung zugesandt worden, in der es u. a. heißt:

Die Entente verlangt, daß die Festungen Königsberg, Pillau und Lötzen ihrer artilleristischen Befestigungen beraubt werden sollen. Die gesamte ruhe- und ordnungsliebende Bevölkerung Ostpreußens ohne Unterschied der Parteien ist in banger Sorge um die Entwaffnung, da ihnen die letzte Möglichkeit zur Verteidigung dadurch genommen wird und die Gefahr äußerer Angriffe in letzter Zeit immer drohender wird. Die unterzeichneten Parteien fordern von der Reichsregierung nachdrücklichst, dafür einzutreten, daß den genannten Festungen die artilleristischen Befestigungen voll und ganz belassen werden.

gez.: Demokratische Partei. Deutsche Volkspartei. Deutsch-Nationale Volkspartei und Zentrumspartei.

WTB. **Berlin**, 17. Jan. Aus Ostpreußen wird verschiedenen Blättern berichtet, daß alle Anzeichen darauf hindeuten, daß durch den festeren Anschluß an Moskau bei den dortigen kommunistischen Parteien Bestrebungen im Gange sind, die alte Kampforganisation wieder aufzunehmen. Anfang August, als das Sowjetheer sich anschickte, in den polnischen Korridor einzudringen, wurden Vorbereitungen zu einer Aktion in Ostpreußen getroffen. In Königsberg wurde eine rote Armee aufgestellt und Versammlungen anberaumt, die zum Teil durch die Sipo vereitelt wurden, zum Teil aber stattfanden, und zu denen teilweise Mannschaften bewaffnet erschienen. Die Redner bereiteten auf den neuen bevorstehenden Kampf vor und teilten u. a. mit, daß jenseits der Grenze eine Truppe von Deutschen, die in der bolschewistischen Armee dienten, zusammengestellt seien, die in Ostpreußen einmarschieren, sobald die einheimischen Kommunisten losschlagen werden.

Polnische Truppenansammlungen.

Breslau, 17. Jan. Wie die „Schlesische Volkszeitung" aus Oberschlesien meldet, wird aus allen Grenzgebieten die Zusammenziehung großer polnischer Truppenkörper gemeldet. Bei Myslowitsch und Sosnowitsche sind in der vergangenen Nacht mehrere Regimenter polnischer Infanterie aufmarschiert. Der Grenzbevölkerung hat sich infolgedessen große Aufregung bemächtigt. Auch an der ostpreußischen Grenze zeigen sich größere Truppenansammlungen. Südlich von Johannisburg sind mindestens zwei Divisionen versammelt.

TU. **Breslau**, 17. Jan. Wie die Telegraphen-Union aus zuverlässiger Quelle meldet, besteht zwischen dem französischen Oberkommando der alliierten Abstimmungskommission und der polnischen Heeresleitung ein bis ale Einzelheiten verabredeter Operationsplan für den Fall eines polnischen Einmarsches in Oberschlesien. Danach sollen sich die französischen Besatzungstruppen, scheinbar der polnischen Uebermacht weichend, unter Zurücklassung von Waffen, Munition und Gerät, das schon jetzt bereit liegt und von den polnischen Offizieren übernommen wird, über die tschechisch-slowakische Grenze zurückziehen und Oberschlesien kampflos den polnischen Truppen überlassen. Man rechnet damit, daß die italienischen Truppen allein schon mit Rücksicht auf ihre geringe Stärke ohne weiteres dem französischen Beispiel folgen werden.

*

Immer neue Quertreibereien.

Berlin, 17. Jan. Nach dem Friedensvertrag ist sowohl die polnische wie die deutsche Regierung gehalten, allen Wahlberechtigten die freie und unbeschränkte Ausübung des Wahlrechtes bei der Abstimmung zu garantieren. Wie wir von zuständiger Stelle dazu erfahren, macht nun die polnische Regierung den nicht im Abstimmungsgebiet wohnenden Oberschlesiern, die sie im Wedacht hat, deutsch zu wählen, große Schwierigkeiten bei der Beschaffung der erforderlichen Papiere. Sie ist anscheinend entschlossen, die Einreise aller Oberschlesier zu verhindern, deren Stimme sie nicht sicher ist. Die deutsche Regierung hat dagegen Vorstellungen bei der polnischen Regierung erhoben und ebenso die Botschafterkonferenz auf diesen Zustand hingewiesen.

Gegen die Ausweisung des Reichstagsabg. Gothein hat die deutsche Regierung bei dem Oberkommissar Lerond Protest erhoben. Ebenso hat sie in Sachen Brauweiler-Fürst Hatzfeld eine Note an Lerond gerichtet, auch persönlich ist man deshalb bei ihm vorstellig geworden. Ein Ergebnis haben diese Bemühungen nicht gehabt.

Hugo Stinnes nach Brüssel.

Als Sachverständiger über die Sachleistungen.

Berlin, 17. Jan. Die Sonderverhandlungen seit der Unterbrechung der Brüsseler Konferenz haben ergeben, daß der Frage der Durchführung der Sachleistungen bei der Lösung des Reparations-Problems eine große Bedeutung zukommt. Auf Veranlassung der Reichsregierung werden daher an den neuen Verhandlungen Hugo Stinnes, sowie drei Vertreter der Arbeitnehmer, unter denen sich Herr Lößler als Vertreter der Bergarbeiter befindet, teilnehmen.

Der Abstimmungstag für Oberschlesien.

Berlin, 17. Jan. In amtlichen Londoner Kreisen wird bestätigt, daß der 13. März als Abstimmungstag für Oberschlesien in Aussicht genommen ist. Der Petit Parisien erklärt dazu, daß diese Nachricht mit seinen Pariser Erkundigungen übereinstimmt. Da die amtlichen Stellen in Paris und London gleichlautend den 13. März als Abstimmungstag melden, und da auch die deutsche Regierung erklärt hat, daß ihre eingeholten Auskünfte sich hiermit decken, so kann der 13. März, ein Sonntag, wohl endgültig als der Tag gelten, an dem die in Oberschlesien wohnenden Abstimmungsberechtigten abstimmen werden. Es fehlt nur noch die amtliche Bekanntgabe an das deutsche Auswärtige Amt.

Die Peitsche am Rhein.

Frankfurt, 17. Jan. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Koblenz: Die Besatzungsbehörden gehen in letzter Zeit wieder mit ausgesuchter Strenge gegen die wehrlose Bevölkerung der Rheinlande und gegen die ohnmächtigen deutschen Behörden vor. Der Landrat Leining von Neuß erhielt 6 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe wegen Ungehorsam gegen englische Bevollmächtigte. Er hatte unterlassen, die von ihm geforderte Nachweisung über Automobile rechtzeitig zu liefern. In Koblenz sind vier Beamte der Reichsvermögensverwaltung ihres Amtes enthoben worden, weil sie einer Requisitionsforderung nicht rechtzeitig nachgekommen waren.

Entschädigungen an Elsaß-Lothringer.

Metz, 15. Jan. Bekanntlich hat Deutschland als Entschädigung für die politisch inhaftierten Einwohner Elsaß-Lothringens nach dem Waffenstillstand 25 Millionen Mark Frankreich auszuzahlen müssen, damit die zu Beginn des Krieges oder während des Krieges aus politischen Motiven Verhafteten oder Verurteilten finanziell abgefunden werden konnten. 20 Millionen sind jetzt schon verausgabt, während die letzten 5 Millionen später noch verteilt werden sollen. Interessant sind die festgesetzten Entschädigungssätze: Für jeden Tag Zuchthaus 30 Mark, für jeden Tag Gefängnis 18 Mark, für jeden in einem Gefangenenlager verbrachten Tag 13,50 Mark, für jeden Tag Zwangswohnsitz in Deutschland 9 Mark, für jeden Tag bloße Ausweisung 6 Mark, für jeden Tag der Ausweisung mit Zwangswohnsitz in einem anderen Ort innerhalb Elsaß-Lothringens 3 Mark. Die Entschädigungsgelder an die politisch Inhaftierten werden übrigens von Frankreich ungerechnet und zwar die Mark zu 1,10 Franken, wozu noch ein Zuschlag bei älteren Leuten kommt. Der Kurs des Franken beträgt augenblicklich 4,35.

Französische Lügen.

Berlin, 16. Jan. In der französischen Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß deutscherseits verlangt worden sei, von der Festsetzung der gesamten Reparationspflichten Deutschlands abzusehen und sich mit der Festsetzung der ersten fünf Jahresraten zu begnügen. Diese Darstellung, die den Zweck verfolgt, Deutschland Verschleppungsabsichten unterzuschieben, ist unrichtig. Deutscherseits ist im Gegenteil immer der Standpunkt vertreten worden, daß die Jahreszahlungen nur festgesetzt werden können, nachdem über die Höhe der Gesamtverpflichtungen Deutschlands eine Einigung erzielt worden ist.

Die Sitzung des Obersten Rates verschoben.

WTB. **Paris**, 17. Jan. Wie der „Temps" meldet, wird die Zusammenkunft des Obersten Rates wegen der französischen Ministerkrise nicht am 19. Januar stattfinden können. Man glaubt, daß die Zusammenkunft noch vor Ende dieses Monats stattfinden wird.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, den 18. Januar.

Ich hatte einst ein schönes Vaterland . . .

Da liegt mein Saitenspiel, ich hab's zerschlagen.
Wenn sie mich draußen nach der Heimat fragen,
Ich winke müde, müde mit der Hand
Und sage abgewandt:
Ich hatte einst ein schönes Vaterland!

Ich hatte einst ein schönes Vaterland!
Wer wollte noch mit Stolz von Deutschland sprechen —
Der Gram will mir das Herz, die Adern brechen.
Ich lehn' den grauen Kopf an fremde Wand,
Faß meines Kindes Hand:
Wir hatten einst ein schönes Vaterland!

Und dennoch lieb' ich dich, mein deutsches Land:
Wach auf, mein Kind, für Deutschland sollst du leben,
Um die zertret'ne Heimat aufzuheben.
Deutsch sind wir beide, Sohn!
Frei sei's bekannt . . .
Trotz Schmach und Schand':
Wir haben doch ein schönes Vaterland!

Joh. Wolff.

*

— **Vaterländische Gedenkfeier.** Es sei nochmals an die heute abend im Hackenberg'schen Saale stattfindende Vaterländische Gedenkfeier erinnert. Jeder ist verpflichtet, zu erscheinen, dem ein deutsches Herz in der Brust schlägt. Fahnen heraus!

— **Die Bibelstunde** im Vereinshause fällt heute abend wegen der Gedenkfeier aus.

— **Der evangelische Volksverein Gevelsberg** trat am Freitag zu seiner sehr guten Jahres-Generalversammlung zusammen. Bei dieser Gelegenheit hielt der Verbandssekretär W. Heim aus Barmen einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Der Friedensvertrag und seine furchtbaren Folgen für unser Volk und Vaterland. Nach einer regen Aussprache wurde folgende Entschließung einmütig angenommen: „Die Versammlung erhebt entschieden Einspruch gegen den Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spaa. Deutschland kann die ihm hierdurch auferlegten Lasten nicht tragen. Es leidet unter einer furchtbaren Unterernährung, welcher jährlich tausende Kinder und Erwachsene zum Opfer fallen und die Arbeitsleistung naturgemäß sehr stark herabmindert. Die Einfuhrmöglichkeiten an Nahrungs- und Futtermitteln sowie an Rohstoffen sind infolge des schlechten Standes unseres Geldwertes sehr gering. Zudem sollen wir noch hunderttausende von Milchkühen abgeben, welches unser Ernährungselend ins Unermeßliche steigern würde. Die Wohnungsnot ist fast unerträglich und steigt von Tag zu Tag. Infolge des Fehlens der Rohstoffe liegt unser Wirtschaftsleben fast völlig darnieder. Die hierdurch hervorgerufene übergroße Arbeitslosigkeit bedroht nicht allein unser Wirtschaftsleben, sondern unser ganzes Volks- und Staatsleben. Es muß uns wieder möglich gemacht werden, mehr Rohstoffe einzuführen, um wieder zur alten Arbeitsfreudigkeit zu kommen, um dadurch dem wirtschaftlichen und seelischen Zusammenbruch zu verhüten. Weiter das

eins mag sich das Ausland klar sein, bricht Deutschland zusammen, dann bricht mit ihm die ganze westliche Kultur zusammen. Deutschlands Rettung bedeutet die Rettung der gesamten Kulturwelt. Alle Kreise des Auslandes haben deshalb das größte Interesse an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands und mögen sie deshalb alle Kräfte dafür einsetzen, um Deutschland und damit die ganze abendländische Kultur vor dem Untergang zu bewahren."

— **Der Obst- und Gartenbauverein** verteilt am Mittwoch morgen von 9—12 an seine Mitglieder bei Herrn Haarhaus, Mittelstr. 21, Ammoniak. Siehe Inserat in der Montagsnummer.

— **Geflügel-Ausstellung.** Folgende Nummern sind bei der gestrigen Verlosung mit Gewinnen bedacht worden. Die Tiere und Gegenstände müssen bis Mittwoch Abend bei Herrn Paul Altenhenne, Hagener Str. 156 abgeholt werden, andernfalls verfügt der Verein darüber. 67 139 182 209 222 224 226 231 249 250 257 262 347 412 413 473 535 583 592 637 640 649 678 708 751 758 760 790 863 816 825 834 838 840 867 887 914 915 924 935 953 958 1012 1013 1024 1027 1032 1038 1090 1121 1165 1179 1209 1214 1226 1244 1262 1269 1276 1284 1304 1359 1363 1366 1386 1409 1415 1427 1451 1461 1463 1472 1476 1456 1468 1516 1518 1529 1536 1547 1561 1562 1588 1590 1596 1625 1628 1633 1638 1643 1644 1656 1661 1690 1730 1766 1784 1800 1816 1841 1850 1852 1867 1868 1875 1881 1901 1930 1951 1962 1955 1957 1973 1974 1979 1984 1989 2004 2012 2022 2029 2038 2057 2061 2067 2071 2073 2118 2128 2158 2164 2187 2192 2193 2203 2209 2212 2239 2243 2257 2281 2288 2315 2319 2323 2345 2355 2362 2391 2408 2414 2429 2424 2439 2447 2451 2457 2458 2466 2471 2480.

Auf die nun einsetzende rege Tätigkeit begleite Ausstellung sowie Lotterien wir morgen ausführlich zurück. (D. Schriftl.)

— **Bücher-Verlosung.** Die am vergangenen Sonntag im Saale des Wirts Jul. Schilken tagende General-Versammlung des Mieter-Vereins Hagen hat wohl alles geschrieben, so recht im Zeichen der Teuerung über die vom Haus- und Grundbesitzer-Verein beabsichtigte Erhöhung der Grundmiete um 80 Prozent. **Der Vorsitzende Odemer** wies in seinem Jahresbericht auf die Interessenlosigkeit vieler Mieter hin, und machte gleichzeitig auf die vorbildliche Arbeit des Haus- und Grundbesitzer-Vereins aufmerksam. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes hat er die Versammelten die noch fern stehenden Mieter aufzuklären, und als Mitglieder zu gewinnen. Er zeigte an Hand von Fällen, daß eine Reihe von Hausbesitzern nagachtet des Gesetzes 60, 80, ja sogar 100 Prozent Zuschlag zur Grundmiete von 1914 erheben. Der Schriftführer E. Müller erwähnte den Schritt des Haus- und Grundbesitzer-Vereins die Einladung zur gemeinsamen Sitzung betreffend und begrüßte die Fühlungnahme mit dem Haus- und Grundbesitzer-Verein. Er gab der Hoffnung auf eine ersprießliche gemeinsame Tätigkeit im beiderseitigen Interesse Ausdruck. Der Gedanke, in einem Zimmer des Gewerkschaftshauses eine provisorische Rechts-Auskunftsstelle zu errichten, wurde freudig aufgenommen und zum Beschluß erhoben. Auf Grund dieses Beschlusses können alle Mieter, also auch Nichtmitglieder, unentgeltliche Auskunft über die die Mieter interessierenden Rechtsfragen erlangen. Die Arbeiten dieser Rechts-Auskunftsstelle hat der Schriftführer E. Müller, Hasslingauer Str. 99, übernommen. Auskunfts-Erteilung findet an jedem Montag von 6—8 Uhr in einem Zimmer des Gewerkschaftshauses statt. Angesichts der Anbahnung einer Gründung des Mieter-Verbandes im Kreise wird die Errichtung einer ständigen Rechts-Auskunftsstelle mit einem die Materie beherrschenden Beamten die Folge sein. Ferner beschloß die Versammlung, eine paritätisch zusammengesetzte Schlichtungsstelle ins Leben zu rufen und ein Gesuch an den Haus- und Grundbesitzer-Verein zu richten, drei Mitglieder des Vereins der Schlichtungsstelle beizuordnen. Als Vertreter der Mieter wurden G. Flockenhaus, Holtsteger und K. Westerhoff gewählt. Als unparteiischer Vorsitzender wurde Beigeordneter Müller in Aussicht genommen. Die Schlichtungsstelle soll zur Entlastung des Mieteinigungsamtes dienen, d. h. auf friedlichem Wege eine Einigung zwischen Vermietern und Mietern zu erstreben suchen. Der Kassierer G. Flockenhaus gab einen ausführlichen Bericht über die Sitzung mit dem Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins. Längere Zeit beanspruchte die Besprechung eines Antrages des Gewerkschaftsbeamten Kaberein, der die Entrichtung des Mietzinses nur nach den ortsüblichen Sätzen empfiehlt. Es wurde beschlossen, die Forderung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins auf Erhöhung des Mietspreises um 50 Prozent zurückzuweisen, unter Hinweis auf den noch für Gewelsberg geltenden Zuschlag von 20 Prozent zur Grundmiete. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: 1. Vors. Ferd. Odemer; 2. Vors. Ew. Schäfer; 1. Schriftf. Ernst Müller; 2. Schriftf. Louis Kretmendahl; 1. Kassierer Kaminsky; 2. Kassierer G. Flockenhaus; Beisitzer Fr. Flockenhaus, Karl Lohmann, Paul Schummel. Für die Pressebearbeitung wurden Paul Timmler und Karl Westerhoff gewählt. Nachdem noch von mehreren Vereinsmitgliedern über einige besonders eigenartige neuere Fälle und über das „gute Einvernehmen" zwischen Vermietern und Mietern gesprochen worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, in der Werbetätigkeit nicht zu erlahmen, da die Zukunft eine kräftige Organisation erfordere.

— **Turnverein „Lichtenplatz".** Am Sonnabend den 15. Januar fand im Vereinslokale Hugo Schmidt („Schützenburg") die Jahreshauptversammlung, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute, statt. Die zu erledigende umfangreiche Tagesordnung umfaßte 16 Punkte. In einer Begrüßungsansprache gedachte der 1. Vorsitzende Fritz Brockhaus, zunächst der auf dem Felde der Ehre gefallenen Mitglieder. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben mit Ausnahme der Wahl des 2. Vors., eine Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Zum 2. Vors. wurde Carl Dürhagen gewählt. In erläuternder Weise erstattete sodann der Turnwart Hugo Lohmann den Jahresturnbericht. Der Verein kann mit Stolz auf ein erfolgreiches, reges Turnleben im vergangenen Jahre zurückblicken. Erwähnenswert ist, daß der Zuwachs an Neumitgliedern über 100 Prozent betragen hat. Die Gesamt-Mitgliederzahl beträgt jetzt 210. Darauf erfolgte der Bericht des Spielausschusses über die rege Tätigkeit der Spielabteilung der die 1. Mannschaft bisher in der C-Klasse die Führung behaupten konnte und fürderhin das Beste erhoffen läßt. Im Jahre 1920 konnte der Turnverein „Lichtenplatz" auf sein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Der 1. Vors. gedachte auch der erschienenen Vereinsgründer in herzlichen, anerkennenswerten Worten. Nach Erledigung der inhaltsreichen Tagesordnung schloß der 1. Vors. mit der Hoffnung, daß der Verein auch weiterhin nach dem Wahlspruch Frisch, Fromm, Fröhlich, Frei blühen und gedeihen möge, mit 3fachem „Gut Heil" auf die Deutsche Turnerschaft, die Versammlung. Ein gemütliches Beisammensein bildete den Abschluß der Versammlung.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Heute Dienstag abend 7 Uhr geht zum ersten Male Hans Müllers großes Schauspiel „Könige" in Szene. Die Hauptrollen sind besetzt mit den Damen: Liesel Sieler, Gertrud Goebler-Janssen und den Herren: Erich Weingärtner, Fritz Werth, Bruno Schröder, Siegfried Rüthling, Willi Wemhöfer. Gleichzeitig wird sich das neuverpflichtete Mitglied Herr Wilhelm Panta als Berthold von Henneberg dem Theaterpublikum vorstellen. Am Mittwoch nachmittag 3 Uhr gelangt nochmals auf vielseitiges Verlangen „Der Lügenpeter" von Franziska Becker zur Aufführung, abends findet wieder eine geschlossene Vorstellung statt. Donnerstag abend 7½ Uhr die 15. Vorstellung der großen und beliebten Oper „Fidelio".

Vereins- und Vergnügungskalender.

Tonbild-Theater, Mittelstraße 36. Dienstag, Mittwoch: In den Krallen der Hochstabler. — Zwischen Nacht und Morgen. — Professor Nebbein redet.

Deutsche Volkspartei Gevelsberg. Freitag, 21. ds. Mts., im Lokale Ed. Rosendahl: Dringende Mitglieder-Versammlung.

Verantwortl. für den redaktionellen Teil: Rob. Battin für den Anzeigen- u. Reklameteil: Willi Herkenrather beide in Gevelsberg.

Freiwillige Feuerwehr Gevelsberg.

Vaterl. Gedenkfeier

am 18. Januar 1921, im Saale des Herrn Richard Hochsteger in Westerbauer. Festredner: Rektor Hellmann.

Die Mitglieder Bauerschaften in Zivil im Festlokal punkt 6 Uhr. Orden u. Ehrenzeichen sind anzulegen.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Das Kommando.

Ziegen-, Schaf- und Kaninchenzucht-Verein.

Laut Beschluß in der Jahreshauptversammlung vom 15. ds. Mts., werden die Mitglieder hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Beiträge wieder Pflicht sind und zwar pro Ziege Mk. 3.— pro Mk. 2.50 also, erhoben werden. Das Sommergeld fällt fort. Die Mk. 100 bleiben bestehen.

NB. Die Beiträge müssen 8 Tage nach der Versammlung noch bei Herrn Gissel bezahlt werden.

Gevelsberg, 16. Jan. 1921.

Der Vorstand.

Im **Saison-Ausverkauf**

extra billige Auslagen

Schlafdecken — Bettücher

Serie I Schlafdecke vollständig groß **26.75**

Serie II Schlafdecke extra schwer **34.50**

Serie III Schlafdecke gute Qualität **39.50**

Ein großer Posten **Jaquard-Decken** extra schwer in schönen Dessin ~~115.—~~ **98.75**

Bettücher weiß und bunt zu billigen Preisen.

Außerordentlich preiswerte Angebote in allen Abteilungen.

Gebrüder Kaufmann

Gevelsberg.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Die **Bibelbesprechstunde** im Vereinshause fällt heute abend aus.

P. Böttger.

Städtische Volksbücherei.

Von heute ab ist die Volksbücherei an folgenden Tagen geöffnet:

Montag v. 6—7 Uhr abds.
Mittwoch „ 6—7 „ „
Donnerstag „ 6—7 „ „
Freitag „ 6—7 „ „
Samstag „ 5—7 „ „

Die Verwaltung

Morgen eintreffend:

1 Waggon

Soester Brot,

Bauernstuten.

Carl Hahn,

Hagener Straße 45.

Schieben Sie

die Reparatur an Haus- und Küchengeräten 2c. nicht auf, da solche sofort und billigst ausgeführt werden.

Milsper Str. 43.

Stenotypistin,

gute Kraft, von Großunternehmen nähe Hagen für Mitte Februar oder später gesucht. — Verlangt wird längere erfolgreiche Tätigkeit bei ersten Firmen, möglichst in der Eisen- und Stahlindustrie. Ausweis hierüber durch beste Zeugnisse; selbständiges Arbeiten, 200 Silben minimal.

Ausführliche Bewerbungen, möglichst mit Lichtbild u. S. F. 81 an G. Geerkens, Ann.-Expedition, Hagen i. W.

Sinner

Jugendl. **Schreiner** für vorübergehende Arbeit gesucht.

Caure & Thun.

Sauberes, fleißiges **Mädchen** in kleinem kaufherrschaftl. Haushalt nach Köln gesucht. Lohn 120 Mk. Nähere Auskunft erteilt d. Geschäft.

Suche für meinen Sohn 15 Jahre alt, Stellung als **Kaufmannslehrling.** Gefl. Angebote unter F. K. 100 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Schöner weißer Herd, Ofen für Werkstatt, 2 schöne Küchenhöfletts, kl. Tisch u. Stühle, neuer Anzug und Ueberzieher billig zu verkaufen.

Winkelstr. 11 (Oberstadt.)

1 oder 2 Räume

für Büro zu mieten bezw. gegen gleiche in Hagen (Bahnhof) zu tauschen gel.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Suche in Gevelsberg eine **3—4 Zimmer-Wohnung** gegen eine solche in Hohlinghausen zu tauschen.

Angebote unter K. 4747 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Ein **Ladenlokal** in Gevelsberg oder Umgegend zu mieten gesucht.

Angebote unter U. M. 2622 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kleehen

empfiehlt waggon- und fuhrenweise

F. Hoppmann,

Fernsprecher 316.

Zur Vergrößerung u. Neueinrichtung suche tüchtigen selbständigen

Vorarbeiter oder Meister

aus der Hülschen- und Bauhschlag-Fabrikation.

Bewerbungen erbeten unter G. B. 5 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Für das Büro/Lohnbüro einer Gießerei wird zum Eintritt per 1. Februar oder später ein

junger Mann oder Fräulein

mit guter Handschrift, im Alter von 18—20 Jahren gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften unter B. 444 an die Geschäftsstelle ds. Ztg. erbeten.

Zahn-Praxis H. Rech

Mittelstr. 19, (Gebr. Cordes, Hofeingang).

Frau od. Mädchen

1 mal wöchentlich für einige Stunden zur Hausarbeit gesucht. Mittelstraße 54.

Hermann

Kornblum

Hagen i. W., Frankfurter Str. 97—109.

Während meines **Inventur-Verkaufs** finden Sie

Große Posten in nur guten Qualitäten

Nessel, Hemdentuch, Biber, Kleider- und Waschstoffe

in verschiedenen Breiten zu besonders billigen Preisen

Ueberzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit der ausgelegten Waren.

Extra ausgelegte Posten:

Kinder-Sweater
in allen Farben

Gr.	1	2	3	4
	9.25	10.50	11.50	13.25

Damen- und Kinderschürzen
Blumenmuster, gute Qualität 29.50 24.50

Schlafdecken
grau mit Kante . . . 38.50

Blaue Zellstoff-Arbeits-Joppe od. Hose Stück Mk. 5.00

Gestr. Cöper-Flanell-
Hemden 49.50
Oberhemden 72.50
weiss und farbig . . .

Beachten Sie bitte die Extra-Auslagen in meinen Schaufenstern und in der Passage.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute unter Nr. 112 die Aktiengesellschaft „Deutsche Bank" in Berlin mit Zweigniederlassung in Gevelsberg unter der Firma „Deutsche Bank Depositenkasse Gevelsberg" eingetragen. Die Satzung hat ihre vom 25. Februar 1870; sie ist in der Fassung mehrfach geändert, zuletzt durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. November 1920.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, insbesondere Förderung und Erleichterung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, den übrigen europäischen Ländern und überseeischen Märkten. Das Grundkapital beträgt 300 000 000 Mark und ist in auf den Inhaber lautende Aktien eingeteilt und zwar in 100 000 Aktien zu je 1000 Mark, 200 000 Aktien zu je 1000 Mark und 60 000 Aktien zu je 1000 Mark. Der vom Aufsichtsrate zu bestellende Vorstand besteht aus zwei oder mehr Personen. Es können auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellt werden.

Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus den Bankdirektoren:

1. Paul Mankiewitz in Berlin,
2. Oskar Herrmann in Charlottenburg,
3. Kommerzienrat Adolph Schröder in Charlottenburg,
4. Carl Michahelles in Berlin,
5. Kammergerichtsrat Paul Millington Herrmann in Berlin,
6. Oskar Schlitter in Berlin,
7. Oskar Wassermann in Berlin,
8. Emil Georg von Stauß in Berlin-Dahlem,
9. Alfred Wiaglo in Berlin-Dahlem.

Die Gesellschaft wird vertreten durch:
a) zwei Vorstandsmitglieder,
b) ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen.

Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern haben in dieser Beziehung gleiche Rechte mit den Vorstandsmitgliedern selbst.

Die Berufung der Generalversammlung erfolgt mittels öffentlicher Bekanntmachung derart, daß zwischen dem Datum der die Bekanntmachung enthaltenden Blattes und dem Datum der Versammlung selbst ein Zeitraum von mindestens drei Wochen liegt.

Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger und außerdem in den vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Zeitungen.

Zur Gültigkeit der Bekanntmachungen genügt deren Veröffentlichung im Reichsanzeiger.

Schwelm, den 31. Dezember 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Infolge erhöhter Unkosten muß der Gaspreis **vom 1. Januar 1921 ab erhöht** werden.

Wir machen unsere Abnehmer schon heute hierauf mit dem Bemerken aufmerksam, daß der neue Gaspreis bekanntgegeben wird, sobald die Vertretungen Beschluß gefaßt haben.

Milspe, den 14. Januar 1921.

Gasanstalt Milspe.

Deutsche Volkspartei Gevelsberg.

Freitag, den 21. ds. Mts., abends punkt 8 Uhr, im Lokale Ed. Rosendahl, Mittelstraße:

Dringende Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Preußen in Not. (Bericht über die Preußentagung der D. V.-P. durch Herrn Schwenk).
2. Wahl zum Preuß. Landtag.
3. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder geschlossen und pünktlich zu erscheinen.

Freunde unsere Sache willkommen.

Der Vorstand.

Kaufen Sie

Dixin
Von Henkel

bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

S. G.-V.
Abtlg. Gevelsberg.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder mit Angehörigen, sowie Freunde unserer Bestrebungen, insbesondere die Mitglieder des Verschönerungsvereins, zu unserm am Samstag, 22. Januar, abends 8 Uhr, in den Räumen der Gesellschaft „Eintracht" stattfindenden

Winterfest

herzlichst ein.

Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zum Preise von 3.— Mark (an der Kasse 4.— Mark) im Vorverkauf in den Buchhandlungen Fastenrath und Strathmann, sowie bei dem Castellan der Gesellschaft „Eintracht" erhältlich.

„Frisch auf!"

Der Vorstand.

Gevelsberg
Theater Mittelstr. 36

Dienstag u. Mittwoch ab 7 Uhr:

In den Krallen der Hochstabler.

Sensationsdrama in 6 Abteilungen.
Eine spannende, abenteuerliche Handlung, effektvolle Scenen machen diesen Film sehenswert.

Zwischen Nacht und Morgen.

Tragödie in 6 Akten.
Die Schicksale eines durch Mißgunst, Haß und Neid in den Tod getriebenen Menschen.

Professor Rehbein radelt.

Lustspiel. Tränen werden gelacht!

Ab 8 Uhr noch der ganze Spielplan.

Ueberzeugen Sie sich von meiner grossen Preisherabsetzung im

Januar-Ausverkauf

in neuen und gebr. Herren-Ueberzieher, Ulster, Covercoat, Anzüge, Hosen usw., Konfirmanden-Anzüge, in blau u. farbig, Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe extra billig, Kleider, Röcke, bekannt billige Preise nur in

Rübenfeld's Partiewarenhaus
BARMEN, Bredder Str. 63.

Ia. Nußkohlen
für Hausbrand liefert prompt
C. Westermann, Kohlenhandlung
Telefon 706. Telefon 706.

Herdschlosser
für sofort gesucht.
Max Albers, Vogelsang.

Mittwoch auf dem Wochenmarkt:
Waggonladung blutfrische große
Grüne Heringe.
Billig. Billig. Billig.
Ferner feinste
Kieler Vollbückinge
fortlaufend per Pfund Mk. 6.—.
Vollfettiger
Rauch-Schellfisch
Pfund Mk. 4.—. Kistenweise billiger.
M. Sichtermann, Hagen.

Zigarrenhaus Gerhard
Fernruf 709. **am Kirchplatz.** Fernruf 709.
empfiehlt seinen bekömmlichen und sehr preiswerten
Strangtabak
zu 12.50, 14.—, 16.50 u. 17.— M. die halbe Pfd.-Pack.
Ferner: **Rauch- und Schnupftabak**
in 50, 100, 250 Gramm-Packungen, von den billigsten bis zu den feinsten Preislagen in großer Auswahl.
Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise.

Walter Köckler, Kirchplatz
Nähmaschinen- u. Fahrradhandlung.
Ständiges Lager in Ersatzteilen, wie Gummibereifung, Laternen, Glocken, Pumpen, Fahrradständer usw.
Sämtliche Reparaturen an Nähmaschinen und Fahrrädern